

**GEWERKSCHAFTSREFORM.** Der DGB droht am Streit seiner Mitglieder über die Notstandsgesetze zu zerbrechen. In München traf sich in der letzten Woche auf einer Tagung des DGB-Bundesvorstands, dem die Vorsitzenden der 16 Einzelgewerkschaften sowie DGB-Chef Rosenberg, dessen zwei Stellvertreter und sechs weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder und die neun Vorsitzenden der DGB-Landesbezirke angehören, die Mehrheit der 16 Einzelgewerkschafts-Bosse zu einer geheimen Sitzung, auf der sie eine Reorganisation der DGB-Spitze besprachen. Die Runde beriet den Plan, nach dem (in spätestens zwei Jahren aus gesundheitlichen Gründen erwarteten) Rücktritt Rosenbergs keinen neuen DGB-Chef zu wählen, sondern statt dessen einen Generalsekretär ohne Führungskompetenzen zu berufen und die DGB-Vorstandsmitglieder zu Abteilungsleitern mit enger begrenzten Verwaltungsaufgaben zu degradieren. Wortführer der Anhänger dieses Plans: der Chef der Gewerkschaft Holz, Gerhard Vater; seine

stärksten Verbündeten: IG-Metall-Boß Brenner und IG-Chemie-Chef Gefeller. Hauptursache für die angestrebte Reform:

- ▷ der zwischen den Einzelgewerkschaften schwelende Streit um die offizielle Haltung des DGB zu den geplanten Notstandsgesetzen der Bundesregierung;
- ▷ Weitere Gründe für die Entmachtung der DGB-Spitze:
- ▷ die nach Ansicht der Verschwörer schwache Führungsrolle Rosenbergs;
- ▷ die immer häufiger auftretenden Differenzen zwischen Gewerkschaftsführern untereinander und gegenüber dem DGB-Vorstand in politischen Tagesfragen;
- ▷ der Unmut einiger Einzelgewerkschafts-Chefs, die um eigenes politisches Profil bemüht sind, über die derzeit erforderliche Rücksichtnahme auf den vom DGB-Vorstand eingeschlagenen Kurs.

**PARTEIPROGRAMM.** Die FDP will durch eine umfassende innerpartei-

liche Reform die Große Koalition überleben. Am letzten Sonnabend beriet der Bundesvorstand der Freien Demokraten auf einer ganztägigen Sitzung in Bonn die Erste Hilfe für die Partei. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Vorschläge des FDP-Vizes Willi Weyer:

- ▷ Durch eine Änderung der Satzung soll statt des 33 Mitglieder zählenden Bundesvorstandes ein höchstens zehnköpfiges Präsidium, das wöchentlich tagen und volle Handlungsfreiheit haben muß, die Partei führen;
- ▷ für die Bundespartei und die Landesverbände soll ein zentraler Wahlkampfstab verfügbar sein;
- ▷ die Beiträge der FDP-Mitglieder sollen, wie in der SPD, nach dem Einkommen gestaffelt werden.

**ENDSPURT.** Die Münchner Landtagswahl am 20. November besicherte Bayern den letzten massiven Beamten-Ansturm auf das Parlament. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und einem Spruch des Bundesverfassungsgerichts („Ein Bundesbeamter kann nicht gleichzeitig dem Bundestag, ein Landesbeamter nicht dem Landtag und ein Gemeindebeamter nicht dem Rat einer Gemeinde angehören“) hatte der Münchner Landtag zwar im Mai 1966 per Gesetz die Unvereinbarkeit von Abgeordnetenmandat und Beamten-tätigkeit verkündet, doch gleichzeitig festgelegt, diese Bestimmung gelte erst für die übernächste Legislaturperiode (vom 1. November 1970 an). In der jetzt abgelaufenen Amtszeit befanden sich unter den 204 bayrischen Volksvertretern 72 Angehörige des öffentlichen Dienstes, seit dem 20. November sind es 105: darunter 19 Landräte, 18 Bürgermeister und 19 Lehrer.

**GUNSTGEWERBE.** In Paris arbeiten gegenwärtig 2000 minderjährige Prostituierte. Durchschnittseinkommen eines Teenagers im Monat: rund 7300 Mark. Die jungen Liebedienerrinnen ermöglichen den Pariser Stundenhotels, wie die Journalistin Dominique Dallayrac in einem jetzt veröffentlichten „Dossier Prostitution“ enthüllt, monatliche Reingewinne bis zu 36 000 Mark. Die lukrativen Verdienstmöglichkeiten der Lustwandlerinnen veranlassen täglich fünf Pariser Teenager, zum Gunstgewerbe überzuwechseln.

**ZITAT.** „Man mag beklagen, daß manche Entscheidungen des politischen Schicksals des deutschen Volkes sich durch diese Regierungsbildung bis zu einem gewissen Grade aus der Volksvertretung in das Kabinett verlagern werden. Aber das war unvermeidbar, denn nur durch das zähe Ringen in einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Menschen, wie ihn das Gremium der Minister und ihrer Staatssekretäre darstellt kann die ungeheure Aufgabe gelöst werden, eine in Illusionen festgefahrene Deutschlandpolitik zu einer realistischen Politik zu machen.“ (Ex-SPD-MdB Professor Fritz Baade im Pressedienst seiner Partei.)

## „RISIKO FÜR DEUTSCHLAND“

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger gab dem Bonner Korrespondenten der israelischen Abendzeitung „Yedioth Ahronoth“, Alfred Wolfmann, ein Interview, in dem er sich auch zu seiner politischen Vergangenheit äußerte:

**FRAGE:** Der deutsche Schriftsteller Günter Graß appellierte an Sie, nicht das Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen, da Sie früher Mitglied der NSDAP waren. Es gibt auch im Ausland nicht wenige, die der gleichen Meinung sind. Was halten Sie von diesem Vorbehalt? Sie, Herr Dr. Kiesinger, haben ja früher selbst einmal aus diesem Grunde abgewunken, als Sie als Bundespräsident vorgeschlagen werden sollten.

**KIESINGER:** Günter Graß hat mir geschrieben, daß ich seinen Rat als den eines „fiktiven Sohnes“ annehmen solle. Das Problem ist sehr ernst zu überlegen. Ich hatte einen anderen Kandidaten vorgeschlagen: Herrn Gerstenmaier, einen Widerstandskämpfer. Ich habe mich nicht nach diesem Amt gedrängt. Meine Partei wollte es so. Und am Anfang hoffte ich, daß Herr Gerstenmaier mein Außenminister werden würde. Nun habe ich einen anderen Widerstandskämpfer an meiner Seite. Das zeigt, wie ich dazu stehe. Ich bin als Nationalkonservativer zur Partei 1933 gekommen, um Deutschland zu helfen. Ich habe niemals mit den Nazi-Ideen sympathisiert. Aber ich dachte, man könnte sie überspielen.

**FRAGE:** Konnte man nicht aus der Partei austreten?

**KIESINGER:** Doch, das hätte man 1934/35 gekonnt. Aber man hat den Ablauf der Geschichte nicht vorausgesehen. Für mich genügt es einfach, keinerlei Verbindung mit der Partei zu haben. Als es um die Frage der Bundespräsidentenkandidatur ging und Theodor Heuss mir riet zu kandidieren, habe ich nein gesagt. Und jetzt habe ich nach langer Überlegung ja gesagt aus folgenden Gründen: Ich wußte, daß ich saubere Hände habe. Wenn ich auch nur ein sogenannter Mitläufer gewesen wäre, wenn ich nicht wirklich Widerstand geleistet hätte und Kopf und Kragen riskiert hätte, dann hätte ich das Amt nicht übernommen. Sie können sich vorstellen, was es für mich bedeutet, in der Welt als Nazi angesehen zu werden. Nun war die Frage: Soll ich trotzdem das Risiko auf mich nehmen oder nicht? Risiko nicht für mich persönlich, sondern für Deutschland. Und da bin ich allerdings der Meinung: Ein Mann mußte das einmal tun für alle die Deutschen, die in ähnlicher Lage sind, damit um so schärfer die Grenze gezogen wird zu den Verbrechern. Das habe ich mit vielen Menschen durchgesprochen. Und nachdem meine Fraktion und die führenden Sozialdemokraten und andere mir ihr Vertrauen schenkten, sagte ich zu. Ich bin überzeugt, ich leiste einen ganz erheblichen Beitrag dazu, weil ich nun in diesen zwanzig Jahren vor diesem Volk bewiesen habe, daß ich eben ein wirklicher Demokrat bin.